



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Sozialausschuss

| | |
|--------------------|---------------------------------|
| Es informiert Sie: | Anke Rodewald |
| Telefon: | 02104/99-2157 |
| Fax: | 02104/99-842157 |
| E-Mail: | anke.rodewald@kreis-mettmann.de |

Mettmann, den 06.06.2011

Niederschrift

zur Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin Montag, den 23.05.2011, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Michael Pätzold

Mitglieder

Eleonore Altvater

Wolfgang Diedrich

Karl-Heinz Göbel

Monika Hustädt

Hans-Peter Kaiser

Dr. Uwe Koppe

Ilona Kuchler

Wilma Langer

David A. Lungen

(bis 18.00 Uhr)

Ulrike Nessler-Mannheim

(ab 15.05 Uhr)

Reinhard Ockel

(bis 17.55 Uhr)

Meinolf Oexmann

Sybille Schettgen

Stephan Schnitzler

Margret Stolz

Elke Thiele

Annegret Verbeek

Verwaltung

Sabine Bretschneider

Ulrike Gansauer

Claudia Haider

Birgit Jommersbach

Rainer Krause
Thomas Müller
Klaus Przybilla
Martin M. Richter
Anke Rodewald
Anja Straeten
Manfred Vollmer

Gäste

Sandra Hecker
Arno Logen
Werner Starke
Uwe Weinand

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.02.2011
3. Informationen der Verwaltung
4. SGB II - Neuorganisation 50/014/2011
 - zukünftige Organisationsform
 - Kommunale Mitglieder der Trägerversammlung des Jobcenters ME-aktiv
5. Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv 50/013/2011
6. Bildung und Teilhabe 50/017/2011
 - Sachstandsbericht
7. Senioren- und Pflegeplan Kreis Mettmann 2011 50/011/2011
8. Handlungsschwerpunkte Integration - Bericht des Sachgebietes 50-5 über das Jahr 2010 und Ausblick auf 2011 50/012/2011
9. Datensammlung Integration 2010 50/016/2011
10. Gebühren nach dem Wohn- und Teilhabegesetz 50/018/2011

11. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

12. Informationen der Verwaltung

13. Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv

14. Klage der Stadt Monheim am Rhein

50/015/2011

15. Nachträge

Öffentlicher Teil

| |
|-------------------------------------|
| Zu Punkt 1: Formalien |
|-------------------------------------|

Der Vorsitzende, Herr Pätzold, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden - insbesondere den als Sachverständigen zu TOP 5 eingeladenen Sprecher der Liga der Wohlfahrtsverbände, Herrn Werner Starke. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 6 „Bildung und Teilhabe“ ist um die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Antrag der Fraktion DIE LINKE zu erweitern. Die Mitglieder des Sozialausschusses erklären sich mit folgender Beratungsreihenfolge einverstanden:

1. Ausführungen der Verwaltung
2. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3. Antrag der Fraktion DIE LINKE

Zu TOP 7 „Senioren- und Pflegeplan Kreis Mettmann 2011“ wird Frau Kückler als Berichterstatterin für den Kreistag benannt.

| |
|---|
| Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.02.2011 |
|---|

Die Niederschrift über die Sitzung vom 10.02.2011 wird einstimmig genehmigt.

| |
|--|
| Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung |
|--|

Auflösung der Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH

Der Eintrag in das Handelsregister ist am 14.04.2011 über das Amtsgericht Wuppertal erfolgt. Mit Veröffentlichung im Bundesanzeiger am 26.04.2011 beginnt das einjährige Sperrjahr/Liquidationsphase. Ein Schaubild über den weiteren Abwicklungsverlauf ist als **Anlage 1** der Niederschrift beigelegt. Die Kaufpreise für die vom Kreis Mettmann übernommenen Geschäftsanteile sowie die der aus der Beschäftigungsgesellschaft ausgetretenen Städte sind zwischenzeitlich alle ausgezahlt worden.

Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes im Rahmen des SGB II - Erlass der Satzung über die Heranziehung der kreisangehörigen Städte zur Durchführung der Aufgaben des Krei-

ses Mettmann als Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II für die Zeit vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2011

Die in der Vorlage 50/010/2011 im Beschluss formulierten Vorbehalte sind inzwischen ausgeräumt. Das Gesetz zur Ermittlung des Regelbedarfes und zur Änderung des SGB II und SGB XII ist in Kraft getreten. Ferner haben alle kreisangehörigen Städte ihr Benehmen mit der Satzung erklärt. Die Satzung wird somit umgehend im Amtsblatt des Kreises Mettmann veröffentlicht.

Pflegestützpunkt im Kreis Mettmann

Die Eröffnungen des Pflegestützpunktes und seiner Außenstellen befinden sich weiter im Zeitplan. Die der Niederschrift beigelegte **Anlage 2** gibt einen Überblick über die bereits eröffneten Außenstellen sowie den weiteren Zeitplan bis Ende Juni 2011.

Gesundheits- und Pflegekonferenz des Kreises Mettmann (GPK)

Die GPK hat in ihrer Sitzung vom 04.05.2011 eine neue Geschäftsordnung beschlossen. Die neue Geschäftsordnung ist als **Anlage 3** der Niederschrift beigelegt.

Jobcenter ME-aktiv

Aufgrund personeller Engpässe bleibt die Geschäftsstelle Haan für den laufenden Kundenverkehr bis auf Weiteres geschlossen. Die Kunden ohne Terminvereinbarungen werden an die Geschäftsstelle in Erkrath verwiesen. Die Arbeitsvermittlung sowie weiterführende Gespräche (Kunden mit Terminen) finden weiterhin in der Geschäftsstelle Haan statt.

Kompetenzagentur

Herr Kreisdirektor Richter informiert über die am 09.06.2011 anberaumte Sondersitzung des Sozialausschusses. Vor der Sitzung des Kreisausschusses soll eine Vorberatung über eine Bewerbung um eine neue Kompetenzagentur gemeinsam mit dem Ausschuss für Schule und Kultur stattfinden.

Herr Ockel und Frau Nessler-Mannheim äußern ihren Unmut über den Umfang bzw. die Anzahl der unter TOP 3 „Informationen der Verwaltung“ behandelten Themen und bitten, statt Informationen der Verwaltung zukünftig – falls die Aktualität der Themen es zulässt – entsprechende Vorlagen zu erstellen.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

| | | | | |
|--------------------|--------------|--|----------|--------------------------|
| Zu Punkt 4: | SGB | II | - | Neuorganisation |
| | - | zukünftige | | Organisationsform |
| | - | Kommunale Mitglieder der Trägerversammlung des Jobcenters | | |
| | ME- | | | |
| | aktiv | | | |
| | - | Vorlage Nr. 50/014/2011 | | |

Herr Pätzold spricht im Namen des gesamten Gremiums dem Kreissozialamt seinen Dank für die im Zusammenhang mit dem Optionsantrag geleistete gute Arbeit aus.

Herr Kaiser erkundigt sich danach, wie die Politik in Zukunft in der Trägerversammlung (TV) weiter vertreten sein wird. Er befürwortet die Wiederherstellung der Rechtsposition nach dem ursprünglichen Kreistagsbeschlusses (siehe Vorlage 50/031/2010). Falls dies nicht möglich sein sollte, bittet er die Verwaltung, Lösungen zur Einbindung der Politik in die Trägerversammlung zu finden.

Herr Ockel warnt davor, die Arbeit des Jobcenters durch Diskussionen um die Besetzung der kommunalen Vertreter der Trägerversammlung zu erschweren und spricht sich für die Beibehaltung des am 28.03.2011 gefassten Kreistagsbeschlusses aus. Gleichzeitig betont er die Wichtigkeit des Gremiums der Meinungsbildungskonferenz (MBK).

Herr Schnitzler rät eindringlich dazu, mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) eine konstruktive Zusammenarbeit anzustreben. In Bezug auf die Trägerversammlung weist er darauf hin, dass eine Entscheidung über eine beratende Teilnahme der Mitglieder der MBK nur zusammen mit der BA getroffen werden kann. Er formuliert den Wunsch, die Verwaltung möge Vorschläge erarbeiten, die Politik in Entscheidungen, die nicht das laufende Geschäft der Verwaltung des Jobcenters betreffen, einzubinden.

Herr Kaiser bittet um Abstimmung über folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, den ursprüngliche Kreistagsbeschluss zur Beteiligung der Politik an den Sitzungen der Trägerversammlung umzusetzen. Sollte dies nicht möglich sein, soll die Verwaltung ein hohes Maß an Beteiligung der Kreistagspolitik in der Meinungsbildungskonferenz und Trägerversammlung einfordern.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
7 Nein-Stimmen CDU
4 Ja-Stimmen SPD
2 Ja-Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Nein-Stimmen FDP
1 Ja-Stimme DIE LINKE
1 Ja-Stimme UWG-ME

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

| |
|---|
| Zu Punkt 5: Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv - Vorlage Nr. 50/013/2011 |
|---|

Der Geschäftsführer des Jobcenters ME-aktiv, Herr Przybilla, stellt seinen Vertreter, Herrn Weinand, sowie den Leiter des Bereichs „Leistung“, Herrn Logen, vor. Ferner verweist er auf den als Tischvorlage verteilten Kurzbericht, welcher den aktualisierten Leistungsstand des Jobcenters ME-aktiv widerspiegelt (siehe **Anlage 4**).

Herr Przybilla teilt mit, dass trotz der verbesserten wirtschaftlichen Lage bei der Zahl der Arbeitslosen sowie der Zahl der Bedarfsgemeinschaften bislang keine Trendwende erkennbar ist. Es ist weiterhin ein Anstieg der Zahlen zu verzeichnen.

Aufgrund der Sorge um die Zukunft ist bei den Beschäftigten des Jobcenters Unruhe festzustellen. Von den derzeit vorhandenen Stellen sind 15 unbesetzt. Personalrechtliche Gründe verhindern den flexiblen Einsatz der Beschäftigten in unterschiedlichen Geschäftsstellen. Bei der Bearbeitungsdauer der Widersprüche hat das Jobcenter ME-aktiv nunmehr die „Rote Laterne“ abgegeben.

Personalzuwachs

Herr Kreisdirektor Richter erläutert die Hintergründe und verweist auf die der Vorlage beige-fügten Vorlage 14/2011 der Trägerversammlung. Demnach besteht aufgrund der nunmehr im SGB II vorgegebenen Betreuungsschlüssel sowie der Zahlen der Bedarfsgemeinschaften bzw. Arbeitslosen ein Personalbedarf in Höhe von 60-90 Stellen. Im Hinblick auf den erforderlich werdenden Umschichtungsbetrag aus dem Eingliederungstitel (EGT) in das Verwaltungsbudget zur Deckung der Personalkosten wurde die Anhebung der Stellen auf insg. 31 (22 Fallmanagement/Arbeitsvermittlung / 9 Zentrale Angelegenheiten) reduziert. Diese 31 Vollzeitäquivalente stellen jedoch die Mindestaufstockung dar. Stellen zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes werden hier nicht berücksichtigt.

Herr Kreisdirektor Richter berichtet von der gemeinsamen Sitzung der Sozialdezernenten sowie der Verantwortlichen für Personal und Organisation der kreisangehörigen Städte am

17.05.2011. Hier wurde als Votum die Empfehlung ausgesprochen, die Einrichtung der 31 Stellen in der Trägerversammlung zu beschließen und bei der Besetzung zu prüfen, ob durch eine Änderung des Verwaltungsaufbaus eine Reduzierung der Verwaltungskosten und somit ein verringerter Eingriff in den EGT erwirkt werden kann. Das Ergebnis dieser Organisationsuntersuchung, die durch den Service der BA durchgeführt werden kann, würde dann Ende 2011/Anfang 2012 dem Sozialausschuss respektive Kreisausschuss/Kreistag vorgestellt.

In Bezug auf die Frage, welcher Träger die Stellen besetzt, führt Herr Kreisdirektor Richter aus, dass derzeit im Jobcenter ME-aktiv 35 % BA-Personal arbeitet, während von kommunaler Seite 65 % der Beschäftigten gestellt wird. Im Vergleich zu der derzeitigen Aufgabenverteilung – Bund 84,8 % und Kommune 15,2 % – zeigt sich ein ungleiches Verhältnis. Seitens des Kreises besteht insbesondere im Hinblick auf die kreisangehörigen Städte, welche sich im Nothaushalt befinden und denen eine Neubesetzung von Stellen als freiwillige Leistung strikt untersagt ist, ein strategisches Interesse, keine weiteren Stellen kommunal zu besetzen. Er weist darauf hin, dass Herr Jäger, Leiter der Arbeitsagentur Düsseldorf, aufgrund der Disproportionalität ebenfalls von einer Reduzierung der kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgeht. Eine klare kommunale Entscheidung ist jedoch erforderlich, damit die BA über Zeitverträge/Beschäftigte aus Vivento die Stellen besetzen kann.

Herr Schnitzler sieht sich durch die Vorlage nicht ausreichend informiert. Mit reger Beteiligung diskutieren die Ausschussmitglieder über die Einbindung des Sozialausschusses an personalpolitischen Entscheidungen innerhalb des Jobcenters ME-aktiv.

Herr Pätzold weist darauf hin, dass der Stellen- und Kapazitätenplan innerhalb der Trägerversammlung beschlossen wird, nachdem innerhalb der MBK – somit unter Beteiligung der im Sozialausschuss vertretenen Fraktionen – eine Beratung erfolgt ist. Grundsätzlich ist zu unterscheiden zwischen politischer Relevanz und dem Geschäft der laufenden Verwaltung des Jobcenters.

Frau Schettgen regt an, die Diskussion über die Auswirkungen einer Personalaufstockung bzw. einer möglichen Umstrukturierung des Verwaltungsaufbaus erst zu diskutieren, wenn das Ergebnis der Organisationsuntersuchung vorliegt.

Instrumentenreform

Herr Pätzold umreißt kurz die Problemlage der untrennbaren Themen Personalszuwachs, Instrumentenreform und die jeweiligen Auswirkungen. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass es sich bei der generellen Kürzung des EGT sowie der Instrumentenreform um bundespolitische Themen handelt und sich somit der kommunale Einfluss hierauf recht gering darstellt.

Herr Starke als Sprecher der Liga der Wohlfahrtsverbände warnt eindringlich davor, dass mit der Einstellung der bislang bewährten Maßnahmen wie Arbeitsgelegenheiten (AGH), Maßnahmen nach § 16 e SGB II etc. die betroffenen integrationsfernen Menschen nicht mehr erreicht werden. Durch den Fokus auf die SGB III-Kundinnen und Kunden innerhalb der Instrumentenreform geht nach seiner Auffassung der sozialpolitische Aspekt für die SGB II-Kundinnen und Kunden verloren. Ein zusätzlicher Eingriff zugunsten des Verwaltungsbudgets in den bereits schon deutlich gekürzten EGT hält er für inakzeptabel. Eine tabellarische Darstellung über die Konsequenzen ist als **Anlage 5** der Niederschrift beigelegt.

Herr Kreisdirektor Richter erklärt, dass unmittelbar nach der Vorlage des Entwurfs der Instrumentenreform der Bundesrechnungshof auf den Personalaufstockungs- und Qualifizierungsbedarf in den Jobcentern hinwies. Da jedoch die Instrumentenreform erst zum 01.04.2012 in Kraft treten soll, wäre ausreichend Zeit vorhanden, einen eigenen Instrumentenkoffer für das SGB II zu schaffen.

Herr Kaiser sieht hier den Sozialausschuss aufgrund der geringen Einflussmöglichkeiten als falsches Gremium. Das Petikum der Liga der Wohlfahrtsverbände müsste seiner Auffassung nach an die Bundesregierung gerichtet werden.

Herr Pätzold richtet seinen Dank an den Geschäftsführer des Jobcenters ME-aktiv und sein Team und betont, dass unter schwierigen Bedingungen z.B. im Hinblick auf 13 Personalräte etc. gute Arbeit geleistet wurde.

Das Gremium schließt sich dem Dank an.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Geschäftsführung des Jobcenters ME-aktiv sowie der Verwaltung zur Kenntnis.

| | | | |
|--------------------|----------------------------------|------------|-----------------|
| Zu Punkt 6: | Bildung | und | Teilhabe |
| | - Sachstandsbericht | | |
| | - Vorlage Nr. 50/017/2011 | | |

Frau Jommersbach teilt anhand einer Powerpointpräsentation den aktuellen Stand der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes mit. Die Powerpointpräsentation ist als **Anlage 6** der Niederschrift beigefügt.

Herr Kreisdirektor Richter beantwortet die in der Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellten Fragen und verweist auf die schriftlichen Ausführungen der ausgelegten Tischvorlage (siehe **Anlage 7**).

Herr Kaiser dankt für die hervorragende Vorbereitung durch die Verwaltung und für die sehr gute Arbeit.

Frau Küchler erläutert den von der Fraktion DIE LINKE gestellten Antrag.

Herr Kreisdirektor Richter erklärt, dass es sich bei dem vom Bund über die Beteiligung an den Kosten der Unterkunft zur Verfügung gestellten Mitteln nicht um frei verfügbare Mittel handelt. Da es sich um eine Antragsleistung handelt, sind derzeit Anlaufschwierigkeiten erkennbar. Aufgrund der intensivierten Öffentlichkeitsarbeit sowie der verlängerten Fristen für die rückwirkende Beantragung wird jedoch weiterhin mit einer höheren Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes gerechnet. Es ist davon auszugehen, dass die durch die Erhöhung der Bundesbeteiligung zur Verfügung gestellten Mittel nicht auskömmlich sein werden, um neben den Aufwendungen für die Bildung und Teilhabe auch die weiteren, über die Bundesbeteiligung zu refinanzierende Belastungen wie z.B. Regelbedarfe sowie die Kosten für Warmwasserbereitung „aufzufangen“. Da zukünftig eine Refinanzierung der IST-Kosten erfolgt, besteht kein Raum für weitere Fördermaßnahmen.

Herr Schnitzler erwähnt den hohen bürokratischen Aufwand, der für die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes erforderlich ist und betont, dass ab 2012 die Mittel, die vom Bund zur Verfügung gestellt werden, den beantragten Leistungen entsprechen.

Frau Küchler bittet um Abstimmung über folgenden Antrag:

Der Kreis Mettmann soll als gesetzlicher Leistungsträger des Bildungs- und Teilhabepaketes dafür Sorge tragen, dass Mittel aus diesem Leistungsspektrum, welche seitens der Eltern nicht abgerufen werden, zweckgebunden Verwendung finden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
7 Nein-Stimmen CDU
4 Nein-Stimmen SPD
2 Nein-Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Nein-Stimmen FDP
1 Ja-Stimme DIE LINKE

1 Nein-Stimme UWG-ME

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

| |
|---|
| Zu Punkt 7: Senioren- und Pflegeplan Kreis Mettmann 2011 - Vorlage Nr. 50/011/2011 |
|---|

Frau Stolz spricht ihren Dank für den Senioren- und Pflegeplan sowie für die Umsetzung des Programms „ALTERnativen 60plus“ aus.

Herr Lungen weist darauf hin, dass im Anhang nicht alle Ratinger Seniorenbegegnungsstätten aufgeführt wurden und bittet um weitere – redaktionelle – Änderungen.

Herr Kaiser äußert heftige Kritik, da nach seiner Auffassung wesentliche Aspekte wie z.B. Kostenersparnis-, Kontroll- und Umstrukturierungsmöglichkeiten bei Heimaufnahmen, Vergleich Pflegekosten NRW mit anderen Bundesländern nicht aufgeführt sind. Er sieht vor der Veröffentlichung des Senioren- und Pflegeplans deutlichen Verbesserungsbedarf.

Herr Ockel würdigt den Senioren- und Pflegeplan als eine Grundlage, in welcher Informationen zusammengetragen wurden und die aufgrund der Datenkonzentration einen Überblick gewährt. Er hält die Veröffentlichung für erforderlich, um das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen.

Herr Kreisdirektor Richter verweist auf den ausführlichen Abschlussbericht des Projektes „ALTERnativen 60plus“, in welchem die Daten sachlich und fachlich fundiert aufbereitet wurden. Die daraus resultierenden Schlussfolgerungen wurden eingehend in verschiedenen Sitzungen des Sozialausschusses diskutiert. Er sagt zu, die redaktionellen Änderungen im Anhang des Senioren- und Pflegeplanes zeitnah vorzunehmen.

Beschlussvorschlag:

Der Senioren- und Pflegeplan Kreis Mettmann 2011 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, diesen im Internet und als Broschüre zu veröffentlichen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

7 Ja-Stimmen CDU

4 Ja-Stimmen SPD

2 Nein-Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2 Ja-Stimmen FDP

1 Ja-Stimme DIE LINKE

1 Enthaltung UWG-ME

| |
|---|
| Zu Punkt 8: Handlungsschwerpunkte Integration - Bericht des Sachgebietes 50-5 über das Jahr 2010 und Ausblick auf 2011 - Vorlage Nr. 50/012/2011 |
|---|

Herr Kreisdirektor Richter erläutert die Vorlage.

Herr Schnitzler lobt die bemerkenswerte Arbeit des Kreises. Insbesondere die Neuausrichtung der Ausländerbehörde befindet sich auf einem guten Weg. Im Bereich „Bildung und Ausbildung“ wird aus fachlicher Sicht aufgezeigt, wie wichtig die Arbeit der Kompetenzagentur ist.

Frau Verbeek weist darauf hin, dass die Kooperation mit den Wohlfahrtsverbänden sich nicht nur auf den Sport beschränkt.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

| |
|--|
| Zu Punkt 9: Datensammlung Integration 2010 - Vorlage Nr. 50/016/2011 |
|--|

Frau Hecker erläutert die Vorlage anhand einer Powerpointpräsentation, die als **Anlage 8** der Niederschrift beigefügt ist.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

| |
|---|
| Zu Punkt 10: Gebühren nach dem Wohn- und Teilhabegesetz - Vorlage Nr. 50/018/2011 |
|---|

Herr Kreisdirektor Richter erläutert die Vorlage.

Frau Nessler-Mannheim erkundigt sich in Anbetracht des Verwaltungsaufwandes nach einem zusätzlichen Stellenbedarf.

Herr Vollmer sieht aufgrund der bislang fehlenden Erfahrungswerte derzeit keinen Bedarf, die vorhandenen Personalressourcen aufzustocken.

Herr Kreisdirektor Richter sagt zu, in ca. einem Jahr den Sozialausschuss im Rahmen eines Berichtes über die gemachten Erfahrungen zu informieren.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

| |
|--------------------------------------|
| Zu Punkt 11: Nachträge |
|--------------------------------------|

Es liegen keine Nachträge vor.

Vor Einstieg in die Beratungen zu Tagesordnungspunkt 12 stellt Herr Pätzold die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 18:21 Uhr

gez.
Michael Pätzold

gez.
Anke Rodewald